Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Europa

Migrationsupdate

Auch das Jahr 2019 brachte keine Lösung der Flüchtlingsfrage. Insgesamt kamen laut der International Organisation for Migration (IOM) 123 920 registrierte Migranten an den EU-Aussengrenzen an. Mehr als 100 000 auf dem Seeweg über das Mittelmeer. Weniger als in den vergangenen Jahren. Diverse Staaten hinderten zivile Rettungsschiffe am Anlegen, die EU versuchte ihre Aussengrenzen abzuriegeln. Zahlreiche Gipfeltreffen hätten ganzheitliche Lösungen präsentieren sollen. Griechenland und Bulgarien zählen zu den Ländern mit den meisten Neuankömmlingen auf dem Landweg. Beide konnten aber die unregistrierte Migration innert Jahresfrist um 90% senken. Kroatien kämpft mit den meisten illegalen Grenzübertritten. Geschätzte 200 000 Flüchtlinge verteilen sich über diverse Balkanländer ausserhalb der EU-Grenzen. In Glinica, im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas, werden täglich Flüchtlinge von kroatischen Grenzpolizisten zurückgeprügelt.

Proteste in Mytilin, Griechenland. Bild: ibna

Einheimische sprechen von unmenschlichen Zuständen, ältere Bewohner erinnern sich dabei an den Krieg; seither sei es nie mehr so schlimm gewesen. Vor zwei Jahren registrierte Bosnien offiziell 750 Flüchtlinge, alle auf der «Durchreise». 2019 waren es deren 29 000.

Auf Zypern verfünffachte sich unterdessen die Zahl der Illegalen im Vergleich zu 2015. Derzeit kommen fast alle im geteilten Land via Nordzypern in den Süden, bleiben aber oft im Niemandsland stecken. Die Türkei, welche den nördlichen Teil besetzt hält, anerkennt die Republik Zypern offiziell nicht an und hat «seinen» zypriotischen Teil zudem aus dem EU-Türkei-Flüchtlingspakt ausgegliedert. Die Insel verkommt für Flüchtlinge zum grössten Wartesaal Europas. Anfangs Jahr begann der ungarische Grenzschutz, an der Grenze zu Serbien mit Warnschüssen illegale Einwanderer zur Umkehr zu zwingen. Die Grenze in Röszke ist mittlerweile für alle unpassierbar. Das griechische Verteidigungsministerium versucht unterdessen, weitere Flüchtlinge durch Hindernisse auf dem Meer abzuhalten. Dazu will die Marine etwa drei Kilometer lange Sperrnetze und Warnboien auf der Route zwischen der Türkei und der griechischen Insel Lesbos errichten. Dort befindet sich das Aufnahmelager Moria, wo sich etwa 19 000 Flüchtlinge in dem für 2800 Menschen geplanten Camp aufhalten. Letzen Sommer waren es noch ca. 5000. Anfangs Januar wurde in Athen das Migrationsministerium gegründet. Ende Januar gab es auf den Ägäisinseln Lesbos, Chios und Samos einen zweitägigen Generalstreik. Die Inselbewohner haben genug. Notis Mitarakis, Griechenlands neuer Asylminister, stellt fest: «Die Empörung der Bürger ist gerechtfertigt. Sie nehmen eine unverhältnismässige Last auf sich; Solidarität auf europäischer und nationaler Ebene ist notwendig». Immerhin, am 2. Februar verlängerte Italien seinen mit Libyen geschlossenen Flüchtlingspakt für weitere drei Jahre. Allein, dadurch stecken weiterhin mehrere zehntausende Flüchtlinge in einem sich eskalierenden Bürgerkriegsgebiet fest und werden unter prekärsten Umständen in Gefangenenlagern festgehalten oder auf Sklavenmärkten verkauft.

Deutschland

Wehrbericht 2019

Geld sei nun wieder vorhanden, etwa 1,5% des BIP. Nur kommt es nicht dort an, wo es gebraucht wird. Die Truppe wartet immer noch vergeblich auf dringend benötigte Ausrüstung. Auf grösseren Übungen werden schon mal Personenwagen als Panzerersatz verwendet. Das ginge so alles nicht, rügt einmal mehr der Bundeswehrbeauftragte im Bundestag. Hans-Peter Bartels weiss, wovon er spricht, er zeichnet sich für die jährlichen Bundeswehrberichte verantwortlich. Deshalb stellt er auch für seinen Bericht 2019 die Frage danach, wie es sein kann, dass die deutsche Industrie für den Export innert zwei Jahren 50 Panzer «nigelnagelneu» fabriziert, die eigene Armee jedoch sieben Jahre auf die Erneuerung von hundert alten Leoparden warten muss. Die Bundeswehr sei «leider noch sehr weit davon entfernt, 100 Prozent der Waffen, Munition und der persönlichen Ausrüstung zu haben. So wie es eigentlich nötig wäre», so Bartels. Das sei aber auch nicht erstaunlich, denn jede neue Beschaffung benötigt ein Jahrzehnt. So genannte «funktionale Fähigkeitsanforderungen» führen zu «neu erfinden,

Noch nicht alle Hindernisse überwunden. Bild: Bundeswehr

vergeben, prüfen, zertifizieren und dann in langsamen Schritten über 15 Jahre implementieren.» Als Rezept schlägt er das «Ikea-Prinzip» vor: «auswählen, bezahlen und mitnehmen». So könnten wenigsten dringendste Lücken bei der persönlichen Ausrüstung geschlossen werden. Bei schwe-

rem Material ist das schwieriger. Dort sieht es aber noch schlechter aus. Von 53 bestellten Tiger-Eurocopter wurden «nur wenige» ausgeliefert. Das Projekt sei bereits 134 Monate im Verzug und liegt 1,3 Milliarden Euro über Budget. Der Schützenpanzer Puma muss teuer nachgerüstet werden, Militärs hoffen mit der Einsatzreife im Jahr 2024, der Bundesrechnungshof geht derweil von 2029 aus. Die Marine liegt auf dem trockenen. Beide Tanker können nicht auslaufen. Die U-Boote bewegen sich nicht. Weniger als die Hälfte aller Eurofighter und Tornados sind einsatzfähig. Gleiches gilt für den Transporter A400M. Noch immer fehlt Personal. Im letzten Jahr blieben insgesamt 21000 Sollstellen unbesetzt. Die Luftwaffe verfügt lediglich über 53% des Bestandes in ihrer technischen Abteilung. Bei Cyber sind 25% der Stellen vakant. Für den Bundeswehrverband ist das nichts Neues. Dessen Vorsitzender, Oberstleutnant André Wüstner, findet klare Worte: «Nach wie vor ist die Bundeswehr im schlechtesten Zustand seit 1990. Das ist alles frustrierend für unsere Soldaten. Alle diese Ankündigung sind schön, jetzt muss das einfach umgesetzt werden.» Bereits hat der Bundestag reagiert. Ende Januar wurde ein neues Beschaffungsgesetz beschlossen. Entsprechend soll das Vergaberecht bald geändert werden. Damit können sicherheitspolitische Bedürfnisse, basierend auf Notwendigkeit, «kurzfristig und effektiv auf relevante Entwicklungen im In- und Ausland angepasst» befriedigt werden.

Griechenland

Kampfdrohnen müssen her

Für Nikos Panagiotopoulos, dem griechischen Verteidigungsminister, kann es nicht schnell genug gehen. Im Dezember 2019 wurden Verträge unterzeichnet, um kampffähige Drohnen zu beschaffen. Drei von den USA, zwei von Israel. Deklariertes Ziel: türkische Expansionsgelüste einzudämmen. Besonders für den Fall, dass Ankara von der Bewirtschaftung von Öl- und Gasfeldern im östlichen Mittelmeer, von denen auch Athen profitieren möchte, nicht Abstand nimmt. Im speziellen aber auch, um gegen die Drohnen des Nachbarn, die immer wieder in den grichischen Luftraum eindringen, wirken zu können. Bereits seien, so Panagiotopoulos, die Rules of Engagement von seinem Ministerium vorgegeben worden. Darin enthalten «eine detaillierte Auflistung potentieller Bedrohungen und ein geeigneter Massnahmenkatalog, inklusive Immobilisierung türkischer Drohnen», so der Verteidigungsminister. Bemerkenswert ist auch dessen Ankündigung, dass Griechenland bald mit der Herstellung eigener, unbemannter Luftfahrzeuge beginnen werde. Für ihn sei klar, dass der Luftraum über Hellas vom Schwarzen Meer bis nach Libyen reicht. Insbesondere seit Ankara mit Tripolis ein neues Grenzabkommen geschlossen hat und dabei eine gemeinsame maritime Zone quer durch griechisches Hoheitsgebiet plant.

Russland

So geht Machterhalt

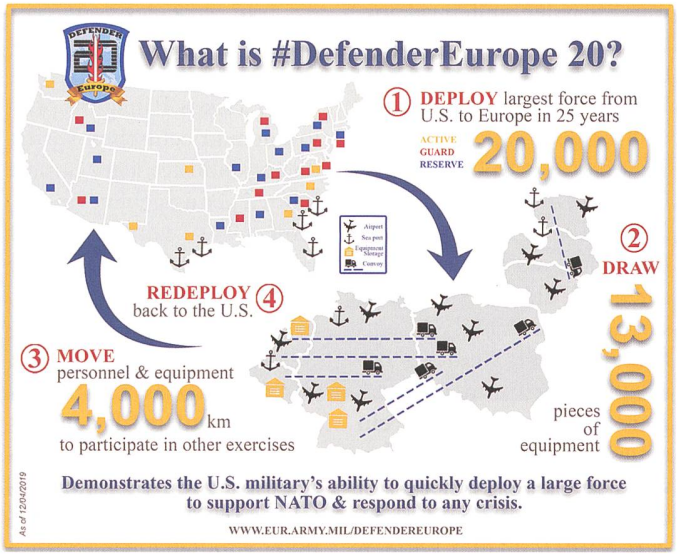
Alle(s) im Griff, Putin zur Lage der Nation am Jahresbeginn. Bild: Kreml

Mit dem Rücktritt seines Kabinetts und der damit angekündigten Verfassungsreform hat Vladimir Putin viele Russlandkenner überrascht. Seit Ende Januar ist nun auch die neue Regierung ernannt und von der Duma bestätigt. Viele der engen Vertrauten Putins blieben auf ihren Posten. Der neue Ministerpräsident Michail Mischustin steht in der Gunst des Präsidenten. Der ehemalige Chef der Steuerbehörde wurde ohne Gegenstimme und mit nur wenigen Enthaltungen ins Amt befördert. Mischustin gilt als kompetenter Technokrat, der seine Geschäfte im Griff hat. Auch sagt man ihm keine Ambitionen nach, die Putin dereinst gefährlich werden könnten. Letzterer gibt sich rätselhaft, denn offen bleibt, was nach der Verfassungsreform mit seinem Amt geschehen wird. Die von ihm angestrebte Amtszeitbeschränkung für das Präsidialamt wäre eigentlich sein eigenes Ende. Erwartet wird jedoch, dass Putin die Zeitrechnung nach seiner jetzigen Legislatur im Jahr 2024 einfach neu beginnen wird. Zwei weitere, diesmal aber von der neuen Verfassung legitimierte Amtszeiten. Danach wäre Schluss und Putin 83 Jahre alt. Um das Machtgefüge zu zementieren, wurde zudem Ende des letzten Jahres eine so genannte «Alternative zum globalen Internet» in Echtzeit getestet. Bekannt als «Runet», erhofft man sich im Kreml neue Optionen für die Zukunft. Insbesondere grösstmöglichen Schutz vor ausländischen Cyber-Bedrohungen. Dazu gehört auch, den Online-Zugang für das ganze Land kurzfristig zu kappen. Russia unplugged. Die totale staatliche Kontrolle stellt entsprechend die ultimative Verteidigungswaffe in der Cyber-Sphäre dar. Für Russland als defensive Option konzipiert, wird sie vom Westen als strategischer Abkapselungsversuch verstanden. Bereits früh im Jahr 2019 befohlen, steht dem Präsidenten nun seit Ende des letzten Jahres ein paralleles Internet in seinem Land bereit. Laut Putin zielt es aber nur darauf ab, dass sein Land im Fall der Fälle nicht von seinen Feinden aus dem World Wide Web ausgeschlossen wird. Und er betont: «Das ist der Punkt, das ist nämlich genau das, was Souveränität bedeutet. Eigene Ressourcen zu haben, die im Notfall eingeschaltet werden können. So wird Russland niemals vom Internet abgeschnitten.»

NATO & US Army Europe

DEFENDER 2020

Generalleutnant Chris Cavoli, Befehlshaber von US Army Europe (USAREUR) erklärt: «From fort to port,» und meint damit die Volltruppenübung DEFENDER 2020, welche heuer die Fähigkeiten der US Army und der NATO testet. Sie soll die drittgrösste Übung westlich alliierter Truppen seit dem Kalten Krieg sein. Hauptanlass der Übung: zusammen mit Mitgliedern und Partnern der NATO werden militärische Kräfte von April bis Mai in ganz Europa positioniert. Seitens der Nordatlantikallianz zeigt man sich zuversichtlich. «Alle Systeme, die mit dieser Art von strategischer Verstärkung im Verteidigungsfall in Zusammenhang stehen, werden getestet. Es geht um die strategische Bereitschaft und die Fähigkeit, mit Gewalt reagieren zu können», stellte Generalleutnant J.T. Thomas, Chef des NATO Allied Land Commands fest. In einer ersten Phase wurde dazu seit Januar schweres Gerät aus mehreren Forts in den USA in die Häfen Europas verschifft. Für Cavoli geht es darum, einzelne Verbände seiner Divisionen zusammengesetzt zu einer schweren Task Force zu beüben (die USA hat reichlich Erfahrung auf Brigadeebene infolge jahrelanger Rotationen von Heeres- und Luftwaffenverbänden in Europa, aber nur wenig Wissen auf operativer Ebene). Thomas hingegen hat das Zusammenwirken von operativer und taktischer Stufe innerhalb der NATO im Fokus, denn «vom Standpunkt der Landstreitkräfte aus gesehen, ist die Demonstration der kollektiven Verteidigung unsere beste Abschreckung». Damit meint er dann «tatsächlich kollektive Verteidigung» und betont «kollektiv, nicht nur mit einer oder zwei Nationen. Also nicht bloss eine Flussüberquerung, sondern die umfassende Abwehr eines militärischen Angriffs.» Laut Generalmajor Sean C. Bernabe, G-3 von USAREUR, stellen fünf Divisionen ausgewählte Einheiten, etwa 500 Kettenfahrzeuge werden auf der Schiene aus Belgien, den Niederlanden, Deutschland und Estland in 13 Einsatzländer verteilt. Die Soldaten werden im Konvoi verschoben.



Übungsanlage. Bild: USAREUR

Das Übungsszenario wird auf Divisionsebene angesiedelt und auf mehrere europäische Hauptquartiere verteilt sein. Dabei wird es um einen beinahe gleichwertigen fiktiven Kontrahenten gehen, der bereits weit in europäisches Gelände vorgedrungen ist. Das, so der G-3, wird mehrere grosse Kampfoperationen ermöglichen, denn die gesamte Übung wurde mit Blick auf den NATO-Artikel 5, also die Bündnisverteidigung angelegt.

Südchinesisches Meer

Irritationen

Im Januar 2020 mehrten sich die Irritationen im Südchinesischen Meer. Akteure sind neben China Indonesien, Japan, Vietnam und USA.

Bei einem Truppenbesuch im Südchinesischen Meer hat der indonesische Präsident Joko Widodo die Entschlossenheit seines Landes bekräftigt, sein Meeresgebiet gegen Ansprüche Chinas zu verteidigen. Widodo besuchte einen Fliegerhorst auf den Natuna-Inseln und zwei patrouillierende Kriegsschiffe. Die indonesische Luftwaffe verlegte vier Kampfflugzeuge nach Natuna, nachdem Dutzende von der chinesischen Küstenwache begleitete chinesische Fangschiffe sich geweigert hatten, das Seegebiet zu verlassen.

Der japanische Aussenminister Toshimitsu Motegi versprach Widodo eine technische Unterstützung der indonesischen Küstenwache schon ab Februar sowie neue Kapitalhilfen für die Natuna-Inselgruppe. Im Jahr 2019 hatte Japan Indonesien bereits 22,7 Millionen US-Dollar für die Entwicklung von Fischereihäfen auf sechs Inseln, darunter der Natuna-Gruppe, sowie 7,3 Millionen US-Dollar für einen Fischmarkt auf Natuna zugesagt. Laut Motegi sollen die Bauvorhaben im Februar beginnen.

In Vietnam erklärte Nguyen Phu Trong, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), auf der 11. Plenarsitzung des Zentralkomitees, dass die Lage im Südchinesischen Meer «analysiert werden und sich das Land auf mögliche Herausforderungen einstellen müsse». Im ansonsten von Zurückhaltung geprägten Sprachduktus der KPV ist das eine mehr als deutliche Äusserung. Er führte ferner die Möglichkeit aus, China nochmals vor dem internationalen Gerichtshof zu verklagen.

Auslöser sind die seit Monaten andauernden Provokationen Chinas. Zum einen kreuzt das chinesische Explorationsschiff Haiyang Dizhi 8 in Begleitung von Chinas maritimer Miliz seit Wochen in Vietnams exklusiver Wirtschaftszone (EEZ). Zugleich soll die chinesische Tiefsehbohrinsel Haiyang Shiyou 982 auf dem Weg in umstrittene Gewässer des Südchinesischen Meeres sein. 2014 hatte der Einsatz einer anderen chinesischen Bohrinsel zu heftigen Zusammenstössen der Küstenwachen beider Länder sowie zu Unruhen in Vietnam geführt, die verschiedene ausländische Unternehmen betrafen und bei denen vier chinesische Staatsbürger getötet wurden.

Die USA wiederum haben erklärt, die Frequenz von Fahrten ihrer Marineschiffe im südchinesischen Meer zu erhöhen. Im Januar kreuzte die USS Montgomery an den von China beanspruchten Spratly Inseln vorbei.

Indien

Pakistan in zehn Tagen bezwingen

Der indische Premierminister Narendra Modi sagt, dass das indische Militär das benachbarte Pakistan innerhalb einer Woche – höchstens zehn Tage – zur Strecke bringen könnte. Beide regionalen Rivalen sind Atomwaffenmächte.

In seiner Rede bei der nationalen Kadettenkorps-Kundgebung in Delhi beklagte Modi die «Untätigkeit» seiner Vorgänger, die sich gegen die Anwendung militärischer Gewalt gegen Pakistan sträubten. Er sagte, dass selbst als die indische Politik «zum Handeln aufgefordert wurde», sie sich lieber auf einen «Stellvertreterkrieg» mit Pakistan eingelassen hatte. Sie hätte aber auch nach einer militärischen Lösung suchen müssen. Der Premierminister sagte, er glaube, dass Pakistan keine Chance habe, wenn eine militärische Konfrontation zwischen den beiden Ländern ausbräche. «Die indischen Streitkräfte brauchen nicht mehr als eine Woche – höchstens 10 Tage –», um Pakistan zu bezwingen.

Während Indiens konventionelle Militärmacht Pakistan nicht gewachsen ist, übersteigt die indische Armee mit 1,2 Millionen Soldaten die 560 000 Mann starke Truppe Islamabads bei weitem. Pakistan ebnet das Spielfeld mit seinem beträchtlichen Atomwaffenarsenal.

Nach Schätzungen des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) verfügt Pakistan über 140–150 Sprengköpfe, während Indien wahrscheinlich «Nur» etwa 130–140 hat. Obwohl Indiens Liefermechanismus viel besser ist, wird das im Falle eines totalen Krieges zwischen den beiden Ländern keine grosse Rolle spielen, da ein einziger Schlag Massenverluste verursachen und verheerende Folgen für die gesamte Region haben kann.

Lateinamerika

Militärs in Machtzentren

Wenn südamerikanische Länder mit politischen, sozialen und institutionellen Krisen konfrontiert seien, setzten die jeweiligen Präsidenten auf die Unterstützung des Militärs. Und dieser Rückhalt wird auch öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt.

Dabei handle es sich immer um schwache Regierungen, die nicht imstande seien, eine Krisensituation zu lösen und sich daher ans Militär wenden, so Rut Diamint, Forscherin beim Nationalen Wissenschaftlichen und Technischen Forschungsrat (CONICET) in Argentinien. Das Militär sei oft die einzige stabile, organisierte Institution im Land, die teilweise auch auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen kann.

Laut dem aktuellen Latinobarometro 2018, einer in 18 lateinamerikanischen Ländern durchgeführten Studie, vertrauten nur 13 Prozent der Bevölkerung politischen Parteien und nur 22 Prozent der eigenen Regierung – hingegen 63 Prozent der katholischen Kirche, 44 Prozent dem Militär und 35 Prozent der Polizei. Nur in Venezuela liege die Zustimmung zum Militär bei niedrigen 19 Prozent.

Militär im Rücken: Boliviens Übergangspräsidentin Jeanine Àñez.

Das mangelnde Vertrauen in die politischen Systeme sei einer der Gründe für die aktuellen Krisensituationen in südamerikanischen Ländern, so Diamint. Volatile, also wechselnde Parteien und Parlamente, die nur die Politik des Präsidenten umsetzten, würden eine autonome Legislative untergraben. Das Resultat seien schwache Institutionen, korrupte Regierungen und die Verarmung der Bevölkerung. Einige Beispiele:

Peru: Militär wendet sich an die Öffentlichkeit. Der peruanische Präsident Martin Vizcarra wurde vom Parlament suspendiert. In einem Aufruf an die Öffentlichkeit (Pronunciamiento) anerkannten die peruanischen Streitkräfte, die Armee, die Marine und die Flugstreitkräfte sowie die nationale Polizei Vizcarra als obersten Chef («jefe supremo») und sprachen ihm ihre uneingeschränkte Unterstützung aus.

Ecuador: Präsident gegen Protest. Am Höhepunkt der Volksproteste im Oktober 2019 sicherte sich Präsident Lenin Moreno den Rückhalt des Militärs. Bei der Verkündigung der Verlegung des Regierungssitzes von der Hauptstadt Quito in die Küstenstadt Guayaquil in einer TV-Ansprache wurde Moreno nicht nur von Vizepräsident Otto Sonnenholzner und Verteidigungsminister Oswaldo Jarrin flankiert, sondern er positionierte auch hochrangige Mitglieder des Militärs hinter sich.

Auch in Chile verschärfte sich die martialische Rhetorik gegen den «Feind». Nach teils gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen Geschäfte geplündert und zahlreiche U-Bahn-Stationen zerstört wurden, verhängte Chiles Präsident Sebastian Pinera im Oktober 2019 den Ausnahmezustand: dicht umringt von Militärangehörigen liess er sich bei der Ausrufung abbilden.

Bolivien: Militär «riet» Morales zum Rücktritt. In Bolivien erwies sich das Militär im Machtkampf als Zünglein an der Waage. Präsident Evo Morales sah sich nach der Wiederwahl im November 2019 mit Manipulationsvorwürfen konfrontiert. Kurz danach «riet» der damalige Kommandant der bolivianischen Streitkräfte, der als enger Vertrauter von Morales galt, öffentlich zum Rücktritt, Morales beugte sich dieser Aufforderung und begab sich ins Asyl.

Pascal Kohler, Henrique Schneider